

Der Kampf um die kulturelle Hegemonie zielt auf Erwerb und Sicherung von Macht

Das pathologisch gute Gewissen

Michael Mertes

„Ein gutes Gewissen“, so heißt es, „ist ein sanftes Ruhekissen.“ Genau darin liegt das Problem. Wer es sich auf dem Ruhekissen seiner vermeintlichen moralischen Unanfechtbarkeit gemütlich macht, der verliert schnell das Gespür für eigene Verfehlungen. „Ich habe doch immer nur das Beste gewollt!“, hält er seinen Kritikern entgegen. Das Schlimme ist, dass er die gekränkte Unschuld nicht nur mimt, sondern sich wirklich ungerecht behandelt fühlt.

Diagnose: Pathologisch gutes Gewissen. Symptome: Selbstgerechtigkeit und Realitätsverlust, im Endstadium, verbunden mit schweren Anfällen von Selbstmitleid. Verbreitungsgebiet: Hohes Infektionsrisiko bei Verantwortungsträgern in Politik, Medien, Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden. Gegenmittel: Dreimal täglich ein Esslöffel Demut. Merke: Richtige Gesinnung allein garantiert noch kein richtiges Handeln. Gelegentlich schaden vorschnelle Urteile dem guten Zweck, dem sie eigentlich dienen sollten.

Ein instruktives Beispiel bieten die Ereignisse im Gefolge des Brandanschlages auf die Düsseldorfer Synagoge in der Nacht zum 3. Oktober 2000. Dieser Anschlag war eine verabscheuungswürdige Tat. Zeitpunkt und Ziel des Verbrechens legten die Vermutung nahe, dass rechts-extremistische Kriminelle dahinter steckten. Aber reichte der erste Anschein aus, um sogleich einen regierungsamtlichen „Aufstand der Anständigen“ zu proklamieren?

Dass „gut gemeint“ und „gut“ nicht dasselbe sind, wurde zwei Monate nach dem Brandanschlag offenbar. Als Täter von Düsseldorf erwiesen sich zwei junge Männer arabischer Herkunft – einer davon Palästinenser –, die mit der Tat ihren Hass auf Israel zum Ausdruck bringen wollten. Machte das ihre kriminelle Handlung weniger verabscheuungswürdig? Nein, aber es zeigte, dass die dauernde Rede von der „rechten Gewalt“ die Sensibilität gegenüber Gefahren aus anderer Richtung abstupfen lässt. Insofern befremdet es, dass der Direktor der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf sich (laut *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8. Dezember 2000) „heilfroh“ über das Ermittlungsergebnis zeigte. Wusste er nicht, dass die beiden Täter auch an den gewaltsamen Auseinandersetzungen um die Synagoge in Essen beteiligt gewesen waren?

Gewalt ist Gewalt

In den Augen mancher wohlmeinender Zeitgenossen sind Palästinenser Angehörige eines Opfervolkes. Stellvertretend für die unterdrückten Massen in der Dritten Welt führen sie einen gerechten Kampf gegen den nahöstlichen Vorposten des US-Imperialismus, den Zionismus. In Deutschland sind sie zudem (so heißt es) einer allgegenwärtigen Fremdenfeindlichkeit ausgesetzt. Solche Menschen sind strukturell unfähig, Böses zu tun. Und wenn sie es dennoch einmal tun, dann muss man ihnen wenigstens zubilligen, dass ihre Motive anständig waren.

Doch Gewalt ist Gewalt – von wem auch immer sie verübt wird. Wenn erst einmal die moralische Differenzierung zwischen mehr oder weniger legitimen Straftaten akzeptiert ist, dann lässt sich die Erosion des Rechtsbewusstseins nicht mehr aufhalten.

Zu den Kernaufgaben des Staates gehört es, Verbrechen zu bekämpfen – und zwar auch mit repressiven Mitteln. Dieser unangenehmen Pflicht können Politiker sich nicht dadurch entledigen, dass sie die Zivilgesellschaft zu symbolischen Handlungen mobilisieren und sich dann an die Spitze der von ihnen selbst ausgelösten Bewegung setzen. Gesicht zeigen ist gut, Zähne zeigen besser. So gesehen, war der „Aufstand der Anständigen“ eine Ersatzhandlung. In ihm drückte sich nicht, jedenfalls nicht in erster Linie, das von Anstand zeugende Bedürfnis aus, Solidarität mit den Opfern zu demonstrieren; dieses Motiv wird man nur den mobilisierten Bürgern unterstellen dürfen. Vielmehr diente der „Aufstand“ seinen politischen Anführern vor allem dazu, sich selbst in ein vorteilhaftes Licht zu rücken.

Ablenkung von Versäumnissen

Ein wesentlicher Topos in den Reden der maßgeblichen Politiker war die Warnung vor dem „Wegschauen“. Bei dem einen oder anderen Sprecher mochten die Zuhörer sich verwundert fragen: Wer hat denn die präventiven und repressiven Instrumente im Kampf gegen politisch motivierte Gewalt – Verfassungsschutz, Polizei und Justiz – im Namen einer falsch verstandenen Liberalität jahrelang vernachlässigt? Wer ist denn dafür verantwortlich, wenn der Staat nicht nur wegschaut, sondern sogar unter Sehschwäche leidet oder – beim „großen Lauschangriff“ – unter verstopften Gehörgängen?

Wenn Politiker vor dem „Wegschauen“ warnen, dann lenken sie damit allzu oft von eigenen Versäumnissen ab. Zugleich übernehmen sie – bewusst oder

unbewusst – die auf der linken Seite des politischen Spektrums verbreitete These, wonach Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in der „Mitte der Bevölkerung“ ihre wahre Heimat haben: Die glatzköpfigen Schläger vollstrecken doch bloß, was die deutschen Spießbürger sich klammheimlich wünschen! In diese Weltanschauung passt nahtlos das Bild vom „Aufstand“: In einer Rebellion wenden sich die Unterdrückten, die Machtlosen, die wenigen gegen die Unterdrücker, die Mächtigen, die vielen. Und wir, die aufrechte Minderheit der „Anständigen“, legen einen ungeheuren Mut an den Tag, indem wir uns von der feigen oder komplizenhaft schweigenden Mehrheit demonstrativ abgrenzen.

Beliebte Vorurteile

Die im Westen beliebte Vorstellung, dass die Mehrheit der Ostdeutschen „rechter Gewalt“ in dumpfer Passivität zusieht, ja sich oft heimlich an ihr ergötzt, hat ein bis vor kurzem weithin unbekannter sächsischer Ort namens Sebnitz zu spüren bekommen. Dessen Bevölkerung, so lautete der ungeheure Vorwurf, habe drei Jahre lang die brutale Ermordung des sechsjährigen Joseph Abdulla durch Neonazis „kommunikativ beschwiegen“. Dabei widerspricht es – darauf hat der ostdeutsche Theologe und SPD-Politiker Richard Schröder zu Recht hingewiesen – jeglicher Lebenserfahrung, dass ein kleiner Junge vor hunderten von Augenzeugen brutal zu Tode gequält wird, ohne dass irgendjemand einschreitet und ohne dass wenigstens die Nachricht von der Tat sich sofort wie ein Lauffeuer ausbreitet.

Welche Motive Bundeskanzler Schröder dazu bewogen haben, Josephs Mutter zu einem Gespräch in Berlin zu empfangen, lässt sich nur erahnen. Im besten Fall war es aufrichtige Anteilnahme am Leid eines Menschen, der – verständlich genug – den Tod seines geliebten Kindes nicht verkraften kann. Im schlimmsten Fall war

es lediglich eine öffentlichkeitswirksame Maßnahme, um das eigene Image als Anführer des „Aufstands der Anständigen“ aufzupolieren.

Gegen Ende des Jahres 2000 ist es stiller geworden um den Kampf gegen „rechte Gewalt“. Wenn Neonazis sich in zwei hochsymbolischen Fällen – für die die Ortsnamen Düsseldorf und Sebnitz stehen – heute als verfolgte Unschuld darstellen können, dann sollten sie sich für diesen völlig unverdienten Erfolg vor allem bei jenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bedanken, die sich zu vor-eiligen Urteilen haben hinreißen lassen. Wem es ernst ist mit einer unnachsichtigen Bekämpfung des Rechtsextremismus, den muss das bedrücken. Und die Moral von der Geschichte: Zu viel falscher Alarm macht auf Dauer taub für den richtigen.

Moralische Hegemonie

Trotz solcher Pannen ist der „Aufstand der Anständigen“ keineswegs beendet – sofern man darunter das Bemühen von Sozialdemokraten und Grünen versteht, die eigene moralische Hegemonie zu verteidigen und damit eine machtstrategisch bedeutsame Bastion zu behaupten. Was hier als „moralische Hegemonie“ bezeichnet wird, ist eine in Deutschland besonders geschätzte Spielart der „kulturellen Hegemonie“. Mit diesem Begriff korrigierte der italienische Kommunist Antonio Gramsci in den dreißiger Jahren die orthodox-marxistische Vorstellung, dass allein das Sein das Bewusstsein bestimme – nie aber umgekehrt das Bewusstsein das Sein. Gramsci lehrte, dass eine soziale Gruppe oder Klasse die politische Macht nur dann erobern und erfolgreich verteidigen könne, wenn sie in der Zivilgesellschaft intellektuell und moralisch – mit einem Wort: kulturell – dominiert.

Machtstrategische Bedeutung in diesem Sinne hat heute vor allem der Antagonismus zwischen zwei Grundkonzepten wehrhafter Demokratie. Da ist zum ei-

nen der seit den fünfziger Jahren in der Bundesrepublik dominierende antitotale Grundkonsens, der sich – trotz Anfechtung durch die Neue Linke der 68er Zeit – bis zu Beginn der neunziger Jahre behaupten konnte. Der Antitotalitarismus delegitimiert jede Form von Extremismus, sei er rechtsaußen, linksaußen oder sonstwo (wie zum Beispiel im islamischen Fundamentalismus) angesiedelt. Auf der anderen Seite steht das Konzept des Antifaschismus, der dem SED-Staat bis zuletzt als Gründungsmythos und Legitimationsgrundlage diente. In zeitgemäßer Wortwahl lässt er sich auf die Formel bringen: „Je weiter links, desto weiter weg vom Faschismus, desto anständiger. Je weiter rechts, desto näher dran am Faschismus, desto unanständiger.“

War – und ist – der „Aufstand der Anständigen“ ein Versuch, dem Konzept des Antifaschismus in der politischen Leitkultur der Bundesrepublik zum Durchbruch zu verhelfen? Für diese Annahme spricht *erstens* die systematisch anmutende Ersetzung der Begriffe „rechtsextremistisch“ und „rechtsextremistische Gewalt“ durch „rechts“ und „rechte Gewalt“. Viele Journalisten – bis tief in die „bürgerliche“ Presse hinein – haben sich diese Diktion mittlerweile zu Eigen gemacht. Die Wortwahl suggeriert, dass jede politische Position rechts von der Neuen Mitte sich zwischen Hellbraun und Dunkelbraun bewegt.

Bündnisstrategie

Zweitens hilft eine Antwort auf die Frage *Cui bono?* weiter. Viele Anzeichen sprechen dafür, dass die SPD Koalitionen mit der PDS in allen neuen Ländern und im wieder vereinigten Berlin (eines Tages vielleicht sogar im Bund) mittlerweile als strategische Option ins Auge fasst. Eine „antifaschistische“ Bündnisstrategie gäbe solchen Koalitionen die dringend benötigte historisch-moralische Weihe. Vor al-

lem würde sie die delegitimierende Erinnerung an die SED – also an jene Partei, mit der die PDS zum großen Teil immer noch identisch ist – gnädig zudecken.

Drittens ließe sich mit einer Institutionalisierung des „Aufstands der Anständigen“ die – vorerst nur faktische – Verschiebung des deutschen Nationalfeiertags vom 3. Oktober auf den 9. November rechtfertigen.

Der 3. Oktober erinnert daran, dass den Deutschen am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts – nach zwei totalitären Diktaturen und zwei Weltkriegen – das unverhoffte Glück vergönnt war, ihre staatliche Einheit in Frieden und freier Selbstbestimmung unter dem Dach des Grundgesetzes wiederzuerlangen. Dieser Tag steht als positives Symbol für den Triumph des Antitotalitarismus, mit dem sich die zweite deutsche Demokratie gegen Nationalsozialismus und Kommunismus gleichermaßen abgegrenzt hatte. Er ist und bleibt ein Stachel im Fleisch der PDS. Und er erinnert daran, dass die deutsche Einheit 1990 unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung zu Stande kam.

Am 9. November hingegen treten solche Assoziationen in den Hintergrund. Die Freude über den Fall der Mauer 1989 wird überschattet von der Trauer über die „Reichspogromnacht“ 1938. Dieser Tag lässt sich daher für große Versammlungen missbrauchen, die die PDS tendenziell ein- und die Unionsparteien (als prä- und kryptofaschistische, kurz: strukturell unanständige Vereinigungen) tendenziell ausschließen.

Immunisierende Aura

Damit könnten SPD, Grüne und PDS – viertens – die CDU darin hindern, wieder aus der moralischen Defensive herauszukommen, in die sie seit Ende 1999 durch die Finanzaffäre geraten ist. Die Aura der eigenen Anständigkeit immunisiert gegen die Angriffe der Opposition. Vor al-

lem die SPD profitiert davon, dass die fortbestehende Intransparenz ihres Finanzgebarens vorläufig noch mit anderen moralischen Maßstäben gemessen wird als die einstigen Mauscheleien der ehemaligen CDU-Führung.

Die CDU kann sich aus dieser Klemme nur durch eine strategische Gegenoffensive befreien. Da es beim Kampf um die moralische Hegemonie auch um Geschichtsbilder geht, wäre sie gut beraten, immer wieder an ihre Wurzeln im deutschen Widerstand gegen Hitler zu erinnern. Vor dreißig Jahren, als die leidenschaftliche Auseinandersetzung um Willy Brandts Ost-Politik tobte, gab es schon einmal den groß angelegten Versuch, die Union als Hort prä- und kryptofaschistischer Gesinnungen zu denunzieren – und im Kontrast dazu das Licht sozialdemokratischer Anständigkeit umso heller erstrahlen zu lassen. Verdrängt wurde dabei nicht zuletzt die Tatsache, dass CDU und CSU in den fünfziger Jahren die europäisch-atlantische Integration der jungen Bundesrepublik gegen eine nationalistisch argumentierende SPD betrieben hatten.

Gefährliche Häme

Für die heutige – wie für die damalige – SPD ist es auf Dauer riskant, allzu forsch auf dem hohen moralischen Ross zu reiten. Die Häme, mit der sie Helmut Kohl sein Wort von der „geistig-moralischen Erneuerung“ (1982/83) um die Ohren haut, könnte schneller auf sie zurückfallen, als sie sich das heute vorzustellen vermag. Es hat Reinhard Klimmt letztlich nichts genutzt, dass ihm der SPD-Fraktionsvorsitzende bescheinigte, „anständig“ zu sein. Im Gegenteil – einiges spricht für die These, dass er den strengen Maßstäben zum Opfer fiel, an denen seine Partei monatelang die CDU gemessen hatte.

Wie gefährlich ein pathologisch gutes Gewissen für seinen Träger werden kann,

musste erst kürzlich der Hessische Rundfunk erfahren, als einer seiner Mitarbeiter glaubte, Ministerpräsident Koch zusammen mit einem BSE-infizierten Rind und einem Kampfhund für die Wahl zum „Arsch des Jahres“ nominieren zu dürfen. Dem Reinen ist alles rein – und dem Anständigen ist alles anständig, was er selbst tut.

Schließlich spricht einiges für die Annahme, dass der „Aufstand der Anständigen“ über kurz oder lang den tagespolitischen Opportunitäten ebenso zum Opfer fallen könnte wie viele andere öffentlichkeitswirksame Initiativen Gerhard Schröders in der Vergangenheit. Wer erinnert sich noch daran, dass Schröder und sein designierter Kulturstaatsminister Naumann im Sommer 1998 Wahlkampf gegen das geplante Holocaust-Mahnmal in Berlin gemacht hatten? Man male sich einmal recht plastisch aus, wie es der Union ergangen wäre, wenn sie

sich einen solchen Wahlschlager ausgedacht hätte!

Die größte Schwäche

Schröders größte Stärke – seine Flexibilität, seine Wendigkeit – ist auch seine größte Schwäche. Er ist nicht aus dem gleichen Holz geschnitzt wie Willy Brandt. Es fehlt ihm der existenzielle, biografisch beglaubigte Ernst, der den ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler bei Freunden und Gegnern zur Respektsperson machte. Es fehlt ihm der lange historische Atem. Deshalb wird er irgendwann die Lust verlieren, die Rolle des Anführers beim „Aufstand der Anständigen“ zu spielen.

In der kommenden Saison wird ein neues Stück gegeben. Aber der Kampf um die kulturelle Hegemonie geht weiter. Und man wüsste nur zu gern, mit welcher Strategie sich die Union in dieses Getümmel zu stürzen gedenkt.

Rache an sich selbst

Und das ist die eigentliche bittere Erkenntnis aus dem Fall des toten Jungen von Sebnitz: Auch wenn sich womöglich am Ende doch nicht nachweisen lässt, dass er das Opfer brauner Totschläger geworden ist, so steht der Umgang mit seinem Tod doch auch für den erschreckenden Graben, der quer durch dieses Land geht – und er steht gleichwohl für eine Form von Diskriminierung in moralischer Absicht, die selbst zur Quelle von Menschenverachtung wird. In Sebnitz zeigt sich mit einer Schärfe wie kaum irgendwo sonst eine der Ursachen rechtsextremistischer Gewalt: Die unversöhnte Nation rächt sich an sich selbst. Und der Umgang mit uns selbst wird das Muster im Umgang mit den Fremden.

Johann Michael Möller am 29. November 2000 in *Die Welt*